

Vor der Delegiertenkonferenz in Durban

Unumgängliche Standortbestimmung des ANC Neue Statuten und Vorstandswahlen im Brennpunkt

Nach einem aufgezwungenen Unterbruch von mehr als 30 Jahren führt der African National Congress (ANC) vom 2. bis zum 6. Juli erstmals wieder eine reguläre Delegiertenkonferenz auf südafrikanischem Boden durch. Um die Kontinuität mit seiner «legalen Phase» zu unterstreichen, wählte der ANC Durban als Versammlungsort; dort hatte die letzte wichtige Konferenz vor dem Verbot der Organisation im Jahr 1960 stattgefunden.



Zur Konferenz von Durban ist der Präsident des ANC, Oliver Tambo (rechts), aus dem Exil nach Südafrika zurückgekehrt. Er wurde in Johannesburg vom Vizepräsidenten, Nelson Mandela (links), empfangen, der seine Nachfolge antreten dürfte. (Bild Reuters)

ach. Johannesburg, 26. Juni

Die 15 Monate seit seiner Wiederzulassung sind für den ANC alles andere als glänzend verlaufen. Die regierende Nationale Partei dominierte weiterhin das politische Geschehen im Land und drängte den ANC in eine defensive, wenn nicht passive Rolle. Selbst die ultimative Aufforderung des ANC an die Adresse der Regierung, eine Reihe von Schritten gegen die Unruhen und Auseinandersetzungen in den Schwarzenvierteln der grossen Städte zu unternehmen, war eher ein Zeichen der Schwäche denn der Stärke, kam sie doch dem Eingeständnis nahe, dass die Organisation die Geister der Gewalt, die sie selber gerufen hatte, aus eigener Kraft nicht mehr los wird. Die Gewalttaten beeinträchtigen den Nimbus des ANC als Befreiungsbewegung wie auch seine Bemühungen, in den Townships organisatorisch Fuss zu fassen.

Ethnizität als Faktum

Dass seine Effektivität hinter den eigenen hohen Erwartungen zurückgeblieben ist, hat auch damit zu tun, dass der ANC, im Unterschied zur Inkatha-Freihheitspartei, Ethnizität und Kultur als bewusseinprägende und mobilisierende Faktoren unterschätzt. Ethisches Bewusstsein, ja der blosser Ausdruck ethnischer Zugehörigkeit gelten als «Relikt der Apartheid», als Hindernis auf dem Weg zum Aufbau einer südafrikanischen Identität. Der ANC erscheint allzu oft als *elitäre Organisation*, deren Führer in der Öffentlichkeit fast nur Englisch, aber kaum je eine schwarze Sprache sprechen und den Begriff der «Masse» häufig gebrauchen, aber über deren Bedürfnisse nicht im Bild sind (was sich zum Beispiel in der Forderung zeigt, die Heime für Wanderarbeiter müssten geschlossen werden).

Schliesslich haben auch Organisations- und Führungsprobleme dem ANC zu schaffen gemacht. Der ANC wird von alten Männern geführt, die aus dem Exil heimgekehrt sind oder aus der Gefangenschaft entlassen wurden. Die jüngeren Führer, die die Ideen und Ideale der «Bewegung» im inländischen Untergrund und in der United Democratic Front (UDF) unter schwierigen Bedingungen am Leben erhalten hatten, sahen sich nach der Legalisierung des ANC um Posten und Einfluss betrogen. Ausserdem behagt ihnen der geheimniskrämerische, nicht auf Rechenschaft angelegte Führungsstil der «Alten» und aus dem Exil Heimgekehrten nicht. An der

Bedingung für die Freilassung westlicher Geiseln in Libanon

Beirut, 26. Juni. (ap) Die Organisation «Islamischer Heiliger Krieg für die Befreiung Palästinas» hat im Gegenzug für die Freigabe von in Libanon festgehaltenen westlichen Geiseln die Befreiung von 400 Arabern aus israelischen Gefängnissen gefordert. Das geht aus einer Erklärung hervor, welche der in Beirut erscheinenden Zeitung «An-Nahar» am Dienstag abend zugespitzt worden ist. In der Erklärung wurde den USA vorgeworfen, die Freilassung der Geiseln ohne Gegenleistung erreichen zu wollen. Es wird vermutet, dass diese Organisation zwei amerikanische Geiseln festhält. Der Erklärung war eine Photographie des seit über vier Jahren in Libanon festgehaltenen Alan Steven beigefügt. In Libanon befinden sich derzeit noch 13 westliche Staatsangehörige in der Gewalt von teilweise unbekanntem Geiselnehmern.

Konsultativkonferenz im letzten Dezember traten die Spannungen innerhalb der Organisation deutlich hervor, als Vizepräsident Nelson Mandela gegen den ausdrücklichen Willen der Delegiertenmehrheit an der Notwendigkeit von vertraulichen Gesprächen mit der Regierung festhielt, oder als die Delegierten Thabo Mbeki Ruf nach einer stufenweisen Aufhebung der Sanktionen ignorierten. «Mayibuy», das theoretische Organ des ANC, erinnerte dieser Tage daran, dass eine Organisation, die für Demokratie kämpfe, nicht undemokratisch aufgebaut sein dürfe und dass sich die Ziele in ihrer inneren Struktur widerspiegeln müssten.

Ein neuer Vorstand

Die rund 2000, zu 90 Prozent von den Mitgliedern des ANC in offener oder geheimer Wahl ausserkorenen Delegierten werden in Durban eine neue Nationale Exekutive (Vorstand) wählen. Der gegenwärtige, 35 Mitglieder zählende Vorstand schlug eine Vergrösserung des Führungsgremiums auf 126 Mitglieder vor. Dessen Mehrheit sollte zwar vom Kongress gewählt werden; aber dem Gremium sollte es erlaubt sein, nicht weniger als 15 Mitglieder zu kooperieren. Mit diesem Vorschlag stiess die Exekutive auf heftigen Widerspruch bei den regionalen Sektionen des ANC, die darin einen Versuch der «Alten» erblickten, ihre Position selbst gegen den Willen der Basis zu sichern. Nach dem revidierten Statutenentwurf, der nun dem Kongress in Durban zur Billigung vorliegt, besteht die nationale Exekutive aus 90 Mitgliedern. Die Kongressdelegierten bestimmen 55 Mitglieder, unter ihnen den Präsidenten, den Vizepräsidenten, den Generalsekretär, den Vizegeneralsekretär und den Kassier, in geheimer Wahl. Um auf den Wahlzeitpunkt gesetzt zu werden, müssen die Bewerber zuvor von mindestens zwei Regionalsektionen oder 100 Delegierten nominiert worden sein. 32 Mitglieder – in erster Linie die Vorsitzenden und Sekretäre der Regionalsektionen – gehören der Nationalen Exekutive *ex officio* an, und nur drei Mitglieder dürfen kooperiert werden. Die Nationale Exekutive wird aus ihrer Mitte 26 Personen bestimmen, die als bezahlte Funktionäre die Tagesgeschäfte des ANC erledigen.

Dieses Verfahren stellt sicher, dass die jüngere Generation von ANC-Aktivistinnen, die einst in der UDF und im Mass Democratic Movement eine wichtige Rolle spielten und heute in den regionalen Sektionen den Ton angeben, die Zusammensetzung der Nationalen Exekutive in entscheidender Weise beeinflussen kann. Über ihr Stimmverhalten wird, in Abwesenheit eines Erfahrungswerts, heftig spekuliert. Als wahrscheinlich gilt, dass der 74-jährige Oliver Tambo, der in diesen Tagen definitiv aus seinem Londoner Exil zurückgekehrt ist, das Präsidentenamt abgeben wird und dass der nur ein Jahr jüngere Nelson Mandela seine Nachfolge antritt. Als einer der aussichtsreichsten Kandidaten fürs Vizepräsidentenamt wird der Vorsitzende der Regionalsektion Südnatal, Jacob Zuma, gehandelt, der als einer der ganz wenigen Zulu in der jetzigen Nationalen Exekutive dem Eindruck entgegenwirkt, der ANC sei eine von Xhosa dominierte Organisation. So wohl der 66-jährige Generalsekretär Alfred Nzo wie auch der Kassier Thomas Nkobi (69 Jahre alt) waren schon vor sechs Jahren an der Konsultativkonferenz in Kabwe (Sambia) unter Beschuss geraten und könnten diesmal abgewählt werden. Als «Gradmesser» für die Militanz der Konferenz ist der Entscheid über die politische Zukunft Winnie

Fait accompli in Jugoslawien

Slowenen und Kroaten, die beiden nordwestlichen Teilrepubliken des jugoslawischen Bundesstaates, haben ihre wiederholten Ankündigungen *wahr gemacht* und dem in Plebisziten mit grosser Mehrheit festgestellten Willen zur Unabhängigkeit rechtliche Form gegeben. Die beiden Regierungen hatten es an Vorschlägen nicht fehlen lassen, wie das südslawische Staatswesen in einer neuen, *loseren Form* – man sprach von Konföderation – fortgesetzt werden könnte. Doch den Ideen der aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen, mehrheitlich bürgerlichen Regierungen in Ljubljana und Zagreb stellte Serbien den Anspruch gegenüber, den von Tito geschaffenen Bundesstaat mit einer zentralen Exekutive und der Armee als entscheidendem Machtfaktor zu *erhalten*, und falls dies nicht möglich sein sollte, die *Grenzen Serbiens* in der Weise *neu zu ziehen*, dass die in andern Republiken lebenden serbischen Minderheiten darin eingeschlossen wären.

Auf die Proklamationen der Slowenen und Kroaten hat die jugoslawische Bundesregierung mit der Ankündigung von Massnahmen zur Sicherung der Grenzen und der staatlichen Funktionen reagiert, die jedoch von der Bundesarmee nur *halbherzig* befolgt zu werden scheinen. Dies entspricht der Erfahrung, dass der Bundesexekutivrat zwar ständig mit ausländischen Regierungen Gespräche über die Behebung der wirtschaftlichen Missstände und finanzielle Hilfen führte, im Innern aber seine *Autorität* schon lange *verloren* hatte. Ministerpräsident Markovic, ein Kroat, der noch unter den alten Verhältnissen in dieses Amt gekommen war, hatte bis zuletzt versucht, den Bruch hinauszuzögern, war jedoch in den Parlamenten von Slowenen und Kroaten nur noch höflich angehört worden, ohne etwas zu bewirken.

Die Initiative der Vereinigten Staaten, mit dem Besuch von Staatssekretär Baker der Belgrader Regierung den Rücken zu stärken, und die Verlaubarungen der EG-Aussenminister, die die Erhaltung Jugoslawiens zur Voraussetzung neuer Kredite machen und damit Einfluss nehmen wollten, blieben ebenso erfolglos wie die *Warnungen* anderer westlicher Regierungen, die beiden abtrünnigen Republiken *keine rasche Anerkennung* erwarten. Solange die neuen Machtverhältnisse nicht geklärt sind, könnte

in der Tat ein rasches Eintreten auf Anerkennungsansprüche als *aktive Teilnahme* an der Zerschlagung Jugoslawiens interpretiert werden. Zurückhaltung ist deshalb einstweilen geboten. Andererseits kann es aber auch nicht die Aufgabe der näheren und fernerer Nachbarn Jugoslawiens sein, ein Staatsgebilde am Leben zu erhalten, das seine Verfassungsform durch die kommunistische Parteiherrschaft erhalten hatte und ohne diese keinen Zusammenhalt mehr besitzt. Sie sollten ihren Einfluss vielmehr darauf richten, dass die neue Ordnung unter den Völkern Jugoslawiens mit *demokratischen Methoden* und unter bestmöglicher Wahrung der Rechte aller errichtet wird.

Die grosse Frage ist jetzt, wie sich *Serbien* verhalten wird und welche Ratschläge von Belgrad aus den Führern der teilweise bewaffneten serbischen Minderheiten in Kroatien und Bosnien – in Slowenen sind die Slowenen praktisch unter sich – erteilt werden. Der serbische Parteichef Milosevic, der mit dem Anheizen nationalistischer Erregung die wirtschaftliche Krise in den Hintergrund zu drängen suchte, ist in letzter Zeit in seinen Äusserungen *merklich vorsichtiger* geworden, nachdem sich herausgestellt hatte, dass die Armee, obwohl mehrheitlich von Serben geführt, sich nicht zum Instrument grossserbischer Machtpolitik machen lassen wollte. Milosevic scheint ziemlich spät eingesehen zu haben, dass er mit seinen grossmäuligen Reden und dem von ihm ausgelösten Wirtschaftskrieg gegen Kroaten und Slowenen deren Regierungen die Argumente zur Begründung des Austritts lieferte.

Noch ist, so scheint es, kein nichtwieder-gutzumachendes Unglück geschehen. Die Gefahr ist allerdings gross, dass sich aus einem kleinen Zwischenfall *unabsehbare Weiterungen blutiger Art* ergeben könnten. Man kann nur hoffen, dass die schlimmen Erinnerungen an die Kriegszeit eher als Warnung vor unbedachtem Waffengebrauch denn als Ansporn zu neuen Gewalttaten dienen. Erst in einigen Tagen wird man wissen, ob die Krise ohne Blutvergiessen vorübergeht. Auch wenn es noch zu einem Versuch kommen sollte, den Austritt in letzter Minute gewaltsam zu verhindern, wird man Slowenen und Kroaten zweifellos nicht in das alte jugoslawische Staatsgefüge zurückzwingen können.

C. K.

Mandelas, die trotz ihrer Verurteilung in die Nationale Exekutive gewählt werden könnte, von besonderem Interesse.

Stunde der Wahrheit

Aufschluss über den künftigen Kurs des ANC werden aber weniger die Personalentscheidungen als die Sachdebatten geben. Der ANC muss sich Klarheit darüber verschaffen, unter welchen Bedingungen er an Verfassungsverhandlungen teilnehmen will, ob der Zeitpunkt zur *Lockerung der Sanktionen* gekommen ist und ob er an seiner an die Regierung gerichteten ultimativen Aufforderung zur Beendigung der Gewalt festhalten will.

Nach der Hauptstadtentscheidung

Debatte über ein Land Berlin-Brandenburg

Nach dem Bundestagsvotum für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz mehren sich die Stimmen, die für einen Zusammenschluss von Berlin und Brandenburg eintreten. Sie über zahlreiche Bedenken in Potsdam hinwegsetzend, plädierte der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe für einen raschen Entscheid über die Bildung eines Doppelbundeslandes.

eg. Berlin, 26. Juni

Mit dem zugunsten Berlins ausgefallenen Beschluss des Bundestages in der Frage des Parlaments- und Regierungssitzes hat die seit dem vergangenen Jahr geführte Diskussion über eine Zusammenlegung der Bundesländer Berlin und Brandenburg erheblichen Auftrieb erfahren. Der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe plädierte alsbald nach dem Bekanntwerden des Bundestagsvotums dafür, bis spätestens Mitte 1992 über die Bildung eines gemeinsamen Landes oder zumindest einer *Konföderation* zu entscheiden. Stolpe, der, als einziger SPD-Regierungschef Ostdeutschlands, einer Koalition aus Sozialdemokraten, FDP und der Bürgerbewegung Bündnis 90 vorsteht, setzte sich mit seiner Äusserung über die Haltung sowohl seiner Partei wie des Koalitionspartners Bündnis 90 hinweg, die sich stets für längere Fristen bis zu einer endgültigen Festlegung ausgesprochen hatten.

Bremsmanöver in Potsdam

Der Vorstoss Stolpes löste in Potsdam eine lebhafte Diskussion aus, in der Sozialdemokraten und Bündnis 90 ihren vorgeprochenen Ministerpräsidenten ein wenig zu bremsen trachteten. Zwar malte man die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit und langfristiger Fusion aus, doch warnten beide Parteien zugleich vor einer allzu schnellen Entscheidung. Das Potsdamer Kabinett folgte dieser Tage einem Vorschlag, der

Von einer Organisation, deren Führer immer wieder beanspruchen, die nächste Regierung zu stellen, darf man im übrigen erwarten, dass sie sich nicht nur zur Taktik des Machterwerbs, sondern auch zu *politischen Inhalten* ernsthaft Gedanken macht. Beispielsweise interessiert die Frage, welche Industrien auf welche Weise der ANC in Staatseigentum überführen will und welche Verbindlichkeit dem 1955 entworfenen Grundsatzdokument, der Freiheitscharta, noch zukommt. In der *Freiheitscharta* ist die Rede davon, «der Mineralreichtum unter der Erde», die Banken und die «Monopolindustrie» müssten in «Volkseigentum» verwandelt werden.

die Zusammenlegung vom Ergebnis eines *Volksentscheides* abhängig gemacht wissen will. Zugleich stimmte es dem Zeitplan Stolpes zu, wonach eine Fusion frühestens in zwei Legislaturperioden parallel zum Umzug von Parlament und Regierung nach Berlin zu realisieren sei.

Allerdings konzidierte die Potsdamer SPD, dass alles für einen grundsätzlichen Entscheid bis zum Oktober 1992 spricht. Denn der Einigungsvertrag legt fest, dass bis dahin für den Sonderfall der deutschen Hauptstadt und ihres Umlandes ein vereinfachtes Fusionsverfahren möglich ist. Dabei kann eine «Neugliederung des Raums Berlin-Brandenburg» auf dem Weg einer *einfachen Vereinbarung* zwischen den beiden Ländern erfolgen; anschliessend gilt wieder der einschlägige Grundgesetzartikel, der dem *Bund* das Gestaltungsrecht zuspricht.

Vorsichtiges Drängen Berlins

Die Berliner Seite übe in der bisherigen Debatte eine gewisse Zurückhaltung. Daraus sprechen jedoch nicht Bedenken gegen das Vorhaben, vielmehr wollte man den brandenburgischen Vorbehalten nicht durch forsches Auftreten neue Nahrung geben. Berlins Regierende Bürgermeister Diepgen hatte sich bereits in seiner Regierungserklärung zum Amtsantritt Anfang des Jahres für die Bildung eines gemeinsamen Bundeslandes eingesetzt. Er bekräftigte nun diese